

Die Rolle Deutschlands in der multilateralen Zusammenarbeit (Entwurf)

Klaus-Heinrich Standke

Die Bundesrepublik Deutschland ist in rund 200 internationalen Regierungs- und Finanzorganisationen (IGO's und IFI's) Mitglied. Die meisten von ihnen sind nur einem kleinen Kreis von Fachleuten bekannt.

Die mit Abstand größte und für Deutschland wichtigste Einrichtung ist hierbei die Europäische Union. Für die deutschen Pflichtbeiträge zu den Haushalten dieser Organisationen und für freiwillige Finanzleistungen werden mit rund 50 Mrd. DM nahezu 10% des Bundeshaushalts aufgewendet, hiervon etwa als Bruttobeitrag 44,2 Mrd. DM (87,3%) für die Europäische Union und 6,3 Mrd. DM für alle anderen Internationalen Organisationen. Von den insgesamt rund 37.000 Personen, die sich im Dienst der internationalen Regierungs- und Finanzorganisationen (einschließlich der EU) befinden, in denen Deutschland Mitglied ist, befinden sich etwa 3.200 deutsche Staatsbürger in dem ‚höheren Dienst‘ vergleichbaren Positionen.

In wie vielen Nichtregierungsorganisationen (NGO's) deutsche Staatsbürger oder deutsche Einrichtungen Mitglied sind, ist nicht bekannt.

Die medienwirksame Debatte um die Besetzung des Postens des Exekutivdirektors bei dem Internationalen Währungsfonds durch einen deutschen Kandidaten bekommt ein anders Gewicht, wenn man sich die personelle Situation Deutschlands in Spitzenpositionen des internationalen Systems vor Augen führt. Zu wenig ist bekannt, daß *Horst Köhler* durch seine unlängst erfolgte Wahl zum IMF-Exekutivdirektor nach Jahrzehnten deutscher Mitgliedschaft im multilateralen Regierungssystem der erste Deutsche ist, der zum Leiter einer weltweiten Organisation gewählt worden ist.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise in allen Organisationen der Vereinten Nationen oder bei der OECD, aber auch in der Weltbankgruppe und bei den meisten Regionalbanken nach den USA und Japan an dritter Stelle der Beitragszahler rangiert (bei der UNESCO und der UNIDO durch das Ausscheiden der USA nach Japan sogar an zweiter Stelle) ist es bisher in keinem Falle gelungen, einen deutschen Vertreter durch die in geheimer Wahl bestimmenden Generalversammlungen aller Mitgliedsländer in die jeweilige Spitzenposition (‚*Head of Agency*‘) wählen zu lassen:

Die beiden einzigen früheren Versuche, im System der Vereinten Nationen den Chefposten einzunehmen (*Bonte Friedheim* als Kandidat für den Posten des Generaldirektors der FAO in Rom und *Hans-Hilger Haunschild* als Kandidat für den Posten des Generaldirektors der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien) führten nicht zum Erfolg.

In regionalen bzw. atlantischen Organisationen konnte Deutschland – allerdings bisher jeweils nur ein einziges Mal - mit *Walter Hallstein* den Posten des EWG-Präsidenten, mit *Georg Kahn-Ackermann* den Posten des Europarats-Generalsekretär und mit *Manfred Wörner* den Posten des NATO-Generalsekretärs besetzen. In eher technischen Organisationen wie der Europäischen Weltraumorganisation (*Reimar Lüst*) oder der Internationalen Energie-Agentur (*Helga Steeg*), aber auch bei CERN, ELDO, ESO, EUMETSAT u.a.m. waren oder sind eher sporadisch Deutsche in Chefpositionen anzutreffen. Bei einer Prestigeorganisation wie der OECD, bei der Deutschland Gründungsmitglied ist, gelang es auch bei zwei Anläufen nicht (*Helga Steeg und Lorenz Schomerus*) einmal von deutscher Seite den Posten des Generalsekretärs zu besetzen.

Betrachtet man die Bereiche, in denen deutsche Fachleute in den internationalen Organisationen in führenden Funktionen auf der zweiten oder dritten hierarchischen Ebene

tätig sind, so fällt auf, daß sich Deutsche in einem überproportionalen Maße in Positionen befinden, welche zwar für das Funktionieren der jeweiligen Organisation nützlich sind, in die aber inhaltliches Wissen auf dem Gebiet der Fachkompetenz der jeweiligen Organisation nicht unbedingt Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgabe ist:

Controller, Innenrevision, Cheffjurist, Generalinspekteur, Haushalt, Verwaltung, Konferenzdienste, Regionale Koordination, Repräsentant der Organisation außerhalb ihres Dienstsitzes u.a.m.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie über die deutsche personelle Präsenz in den internationalen Organisationen im allgemeinen und in der EU-Kommission im besonderen heißt es „Der Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg basierte auf einer Diplomatie, die Multilateralismus, Kooperation und Integrationsbereitschaft präferierte, verbunden mit einem „zurückgenommenen“ Anspruch der personellen internationalen Präsenz“.¹ Dies ist sicherlich eine der möglichen Erklärungen über die deutsche Personalsituation, aber sie ist wohl zu einfach, um den derzeitigen Stand der Dinge zu erklären. Außerdem ist die Mitwirkung deutscher Fachleute in internationalen Regierungssituation eine Sache und die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler im internationalen Wissenschaftssystem – zunächst – eine andere. Warum der deutsche Anteil an engagierten Wissenschaftlern in internationaler multilateraler jedoch genau so unbefriedigend ist, wie sich im folgenden zeigt, bedarf

Die Rolle der deutschen Wissenschaftler in der multilateralen Zusammenarbeit

Für den Gegenstand dieser Darstellung, d.h. die Rolle deutscher Wissenschaftler in der globalen Zusammenarbeit, sind beide Organisationstypen, die der internationalen Regierungszusammenarbeit, bei der neben Diplomaten, Juristen u.a.m. eine Vielzahl von wissenschaftlichen Experten mitwirken, wie auch besonders die der multilateralen Zusammenarbeit außerhalb des Rahmens des formalen internationalen Regierungsrahmens von Bedeutung.

Die zahlenmäßig bedeutsamere Rolle der Mitwirkung deutscher Wissenschaftler in der *bilateralen* Zusammenarbeit, die gelegentlich auch unter einem *multilateralen* Dach stattfindet, ist hier nicht untersucht worden.

Die wichtigste multilaterale Gruppierung der Wissenschaft ist der *International Council of Scientific Unions (ICSU)* mit Sitz in Paris. ICSU wurde im Jahre 1931 gegründet und hat zwei Kategorien von Mitgliedern: 99 Wissenschaftsakademien oder Forschungsräte und 49 internationale nach Fachdisziplinen eingeteilte wissenschaftliche Vereinigungen und ‚*Scientific Associates*‘. Nachdem es in Deutschland keine alle Bundesländer umfassende Wissenschaftsakademie gibt, wurde seit 1952 die Wissenschaftsgemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland im ICSU durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft kollektiv vertreten. Seit der deutschen Wiedervereinigung vertritt die DFG alle deutschen Wissenschaftler im ICSU. Hierzu ist zwar innerhalb des ICSU-Mechanismus formal die Einbeziehung der deutschen Wissenschaftler in die weltweite wissenschaftliche Zusammenarbeit gewährleistet. In Wirklichkeit zeigt sich aber, daß die Vertreter der

deutschen Wissenschaft zumindest in den Führungsgremien kaum beteiligt sind. Bei den seit Gründung des ICSU im Jahre 1931 gewählten insgesamt 45 ‚ICSU Officers‘, d.h. Präsident, Generalsekretär und Schatzmeister, befinden sich 9 Briten, 7 Amerikaner, jeweils 4 Franzosen und Schweden, jeweils 3 Belgier und Holländer (und in fast 70 Jahren nur 3 Vertreter der Wissenschaft aus Entwicklungsländern) aber lediglich ein Deutscher,

¹ Neuss, Beate und Hilz, Wolfram, Deutsche personelle Präsenz in der EU-Kommission, Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 180/1999, Sankt Augustin, November 1999, S. 11

Klaus Thureau, (von 1984-1990) in der Funktion des Schatzmeisters. In das neugeschaffene Amt eines Vizepräsident für die Außenbeziehungen wurde im Jahre 1999 *Horst Kleinkauf* gewählt.

Auf der ICSU-Arbeitsebene, d.h. bei 83 wissenschaftlichen Vereinigungen, Arbeitsausschüssen und anderen Gremien befinden sich lediglich bei drei Ausschüssen (Internationale Union der theoretischen und angewandten Mechanik, Komitee für Raumfahrtforschung und wissenschaftlicher Ausschuß für das in Bonn domizilierende IHDP) deutsche Wissenschaftler in der Position des Präsidenten gegenüber 23 Amerikanern, 9 Briten, 8 Franzosen, 5 Schweizern, vier Belgiern und 31 Vertreter anderer Nationalitäten. Aus Entwicklungsländern kommen hierbei lediglich vier Ausschußvorsitzende (Brasilien, China, Ghana und Südafrika).

Bei den 861 ICSU-Unterausschüssen oder Arbeitsgruppen werden 53 von deutschen Wissenschaftlern geleitet, d.h. 6,1%.

Im ICSU-Jahrbuch 1998 werden unter den 2.318 Präsidenten, Vizepräsidenten, Koordinatoren oder Generalsekretären wissenschaftlicher Ausschüsse 413 amerikanische Wissenschaftler aufgeführt, 208 Briten und 100 Kanadier, 143 Franzosen und lediglich 111 Deutsche (4,8%).

Bei den Vorsitzenden der wissenschaftlichen zwischenstaatlichen Regierungsausschüsse der UNESCO (*Man and the Biosphere (MAB)*, *International Oceanographic Commission (IOC)*, *International Hydrological Programme (IHP)*, *International Geological Correlation Programme (IGCP)* und *Management of Social Transformations Programme (MOST)*, die von der UNESCO-Generalkonferenz gewählt werden, findet man keinen Deutschen.

In dies Bild paßt auch hinein, daß der ‚*Fachausschuß Naturwissenschaften*‘ der Deutschen UNESCO-Kommission, der seit seiner Schaffung im Jahre 1950 einerseits als Bindeglied und Koordinationsmechanismus der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft hin zur UNESCO diente und andererseits beratend der Bundesregierung für naturwissenschaftliche Probleme auf dem Gebiet der Kompetenzen der UNESCO zur Verfügung stand, seit geraumer Weile nicht mehr getagt hat und sich faktisch aufgelöst hat. Ausgerechnet in dem Jahr, in dem erstmals durch UNESCO und ICSU eine Weltwissenschaftskonferenz durchgeführt wurde, ist das Fehlen einer prominenten UNESCO-Plattform in Deutschland für die Vertreter der Wissenschaft, der wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der mit Wissenschaftsfragen befaßten Bundes- und Landesbehörden von besonderer Symbolik, weil man hieraus auf den geringen Stellenwert schließen könnte, den die von der UNESCO behandelten Wissenschaftsthemen offenbar inzwischen in Deutschland einnehmen. Umso wichtiger war es, daß die Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, *Hubert Markl*, und des Wissenschaftsrates, *Winfried Schulze* zusammen mit einigen anderen deutschen Hochschullehrern an der WSK aktiv teilgenommen haben.

Bei der wissenschaftlich-beratenden Vorbereitung der Weltkonferenzen des VN-Systems und bei der Rückkopplung ihrer Ergebnisse spielen die ICSU-Fachausschüsse und die nationalen ICSU-Mitgliedsorganisationen eine wichtige Rolle. Außerhalb eines relativ engen Kreises unmittelbar Beteiligter scheint aber dies ‚Weltgeschehen‘ von der deutschen ‚*Science Community*‘ jedoch nicht in dem wünschenswerten Maße wahrgenommen zu werden. Wer von den VDW-Mitgliedern hat beispielsweise von den Ergebnissen der oben ausführlich dargestellten letzten großen Weltwissenschaftskonferenz des 20. Jahrhunderts überhaupt Kenntnis genommen?

Bei dieser Konferenz waren 155 Länder vertreten, 28 internationale Regierungsorganisationen sowie mehr als 60 internationale wissenschaftliche Nicht-

Regierungsorganisationen, die von 174 Teilnehmern vertreten wurden, hierunter befanden sich zwei deutsche.

Die Weltbank hat vom 22-25.6.1997 in Toronto eine Konferenz „*Global Knowledge 97*“ einberufen, an der rund 2.000 Vertreter von Regierungen, internationalen Regierungs- und Finanzorganisationen, der wichtigsten Unternehmen der Informations- und Kommunikationsindustrie, aus den Wissenschafts- und Ingenieurakademien sowie von Nicht-Regierungsorganisationen teilgenommen haben. Insgesamt waren bei der Konferenz, die von VN-Generalsekretär *Kofi Annan* und Weltbank-Präsident *James D. Wolfensohn* eröffnet wurde, 138 Länder vertreten. Aus dem Gastland Kanada kamen 520 Teilnehmer, aus den USA 280, aus Großbritannien 46, aus der Schweiz 22, aus Frankreich 16, aus den Niederlanden 11, aus Schweden 9 und aus Deutschland 8. (Zum Vergleich Japan: 20).

Aus den MOE- und GUS-Staaten waren 24 Länder vertreten, aus Afrika 33, aus Asien 27, aus Lateinamerika 22, aus den arabischen Ländern 12 sowie Australien und Neuseeland. Die meisten Delegationen wurden von den für Kommunikation bzw. für Wissenschaft und Technologie verantwortlichen Ministern geleitet. Das als gelungen zu bezeichnende Ziel der Veranstaltung war es, in Anwesenheit von Vertretern der Weltbank und anderer internationaler Finanzinstitutionen einen ersten Erfahrungsaustausch zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu allen Aspekten des ‚Informationszeitalters‘ herzustellen, um hierauf neue Partnerschaften aufzubauen. Der Weltbank-Präsident hat diese Konferenz benutzt, um seine Vision der Notwendigkeit der allmählichen Umwandlung der bisherigen ‚Weltbank‘ in eine ‚Welt-Wissensbank‘ (‚*World Knowledge Bank*‘) darzustellen.

Der Umstand, daß Deutschland bei dieser wichtigen und in ihrer Zusammensetzung einzigartigen Veranstaltung weder durch einen Angehörigen der Bundesregierung noch (mit der rühmlichen Ausnahme des größten deutschen Elektro- und Kommunikationskonzerns) durch die deutsche Industrie oder die Wissenschafts- und Ingenieurgemeinschaft angemessen vertreten war, ist nicht unbemerkt geblieben.

Tendenziell zeigt sich aus den genannten Zahlenrelationen eine ähnliche Unterrepräsentation deutscher Wissenschaftler und Ingenieure wie sie auch aus weitgehend ähnlichen Gründen bei der Besetzung von Führungspositionen im System der internationalen Regierungsorganisationen zu beobachten ist. Analysiert man die geographische Herkunft der für das hier zu behandelnde Thema besonders relevanten Leiter der Wissenschaftsabteilungen internationaler Regierungsorganisationen, so ergibt sich folgendes Bild:

- § In der UNESCO befand sich bei den insgesamt acht Beigeordneten Generaldirektoren für Wissenschaft, die in über vierzig Jahren den Sektor für Natur- und Ingenieurwissenschaften leiteten, kein Deutscher: Zwei Italiener, ein Franzose, ein Kanadier, ein Russe, ein Syrer, ein Jordanier, ein Rumäne. Die UNESCO ist die erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in welche die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1951 als Mitglied aufgenommen wurde.
- § Bei der OECD findet man unter den sechs Wissenschaftsdirektoren, die seit 1961 dieses Amt innehatten bzw. haben, zwei Amerikaner, zwei Japaner, einen Briten und einen Franzosen.
In der seit 1961 bestehenden OECD ist Deutschland Gründungsmitglied.
- § Nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Jahre 1973 war der Autor als erster Deutscher in den Jahren 1974-1980 Direktor für Wissenschaft und Technologie (*Office for Science and Technology*). Nach der von ihm inhaltlich vorbereiteten Weltwissenschafts- und Technologiekonferenz in Wien im August 1979 (s. oben) erfolgte eine Reorganisation des Wissenschafts- und Technologiebereichs

der VN. In dem sukzessive von zwei Brasilianern geleiteten VN-Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (UN-CSTD) waren bis zur Auflösung dieses Bereichs nacheinander drei deutsche Staatsbürger als Direktoren tätig: *Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Hans-J. Kaupe und Lutz Bähr.*

- § Die Generaldirektion ‚Forschung‘ der Europäischen Kommission wird derzeit von einem finnischen Generaldirektor und einem holländischen stellvertretenden Generaldirektor geleitet. Unter den 13 Direktoren befinden sich zwei Deutsche. In der seit 1958 bestehenden EWG (seit 1967 EG, seit 1993 EU) gab es einmal, Anfang der Siebziger Jahre, in der Person von *Günter Schuster* einen deutschen Generaldirektor für Forschung.

Die relativ geringe Sichtbarkeit deutscher Wissenschaftler in der globalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit läßt sich – deutlicher noch – an einem anderen Phänomen aufzeigen, nämlich an der Zitierung bzw. Nichtzitierung deutscher wissenschaftlicher Quellen in nahezu allen Texten, die für die internationale Zusammenarbeit meinungsbildend sind.

Allgemein läßt sich hierzu festzustellen, daß *„alles was nicht in englischer Sprache veröffentlicht worden ist, von den internationalen Foren – und damit von der Weltgemeinschaft - nicht wahrgenommen wird“.*

Ein Blick in die Bibliographien der seit 1990 in diesem Jahrzehnt besonders reichlich veröffentlichten thematischen Studien oder *„World Reports“* der Weltbank, der Vereinten Nationen, der UNESCO und ähnlicher Einrichtungen zeigt, daß deutsche Quellen kaum in diesen kollektiven Denkprozeß eingehen.

- *Udo Simonis* hat in seinem den Teilnehmern der Berliner Jahrestagung der VDW zugesandten Kommentar *„GEO-2000 Bericht: Die UN und die Welt-Umwelt“*, zu dem kürzlich erschienenen UNEP-Bericht *„Global Environment Outlook 2000“* vermerkt, daß bei den 800 an der Erstellung des UNEP-Berichts beteiligten Experten lediglich drei Deutsche genannt wurden und daß sich bei den zur Herstellung des Berichts 22 kooperierenden und 12 assoziierten Institutionen keine einzige deutsche befindet
- In dem kürzlich im Auftrag der UNDP von *Inge Kaul et al.* herausgegebenen Sammelband *„Global Public Goods: International Cooperation in the 21st Century“* findet sich außer der Herausgeberin kein deutscher Autor und in den 80 zur weiteren Lektüre empfohlenen Quellen lediglich ein einziger deutscher Titel.
- Die UNESCO hat seit 1993 begonnen, in regelmäßigen Abständen umfassende von einem internationalen Autorenteam verfaßte *„Weltwissenschaftsberichte“* herauszugeben (World Science Report 1993, 1996, 1998), die sowohl über die wissenschafts- und technologiepolitische Entwicklung in den großen Weltregionen umfassend Auskunft geben sollen, als auch in *„State of the Art“*-Beiträgen die wichtigsten Entwicklungen in den ausgewählten Wissenschaftsgebieten aufzeigen. Weder in dem internationalen Herausgeberbeirat noch unter den Autoren der insgesamt 89 Beiträge befindet sich ein deutscher Wissenschaftler. Immerhin ist man erfreut unter den fast 500 zum weiteren Quellenstudium empfohlenen Veröffentlichungen auch zwei Hinweise auf Texte eines deutschen Wissenschaftlers zu finden, nämlich von *Jürgen Habermas* (in französischer Sprache).
- Betrachtet man unter diesem Blickwinkel die Literaturquellen der Analysen auf die der Weltbank-Jahresbericht 1998/1999 *„Entwicklung durch Wissen“* aufbaut, so findet man weder bei den als Hintergrundlektüre empfohlenen 21 Veröffentlichungen noch bei den zur weiteren Lektüre empfohlenen 380 Monographien auch nur eine einzige deutsche Quelle.

- Die Abwesenheit deutscher wissenschaftlicher Quellen in Berichten des VN-Systems oder der Weltbank ist betrüblich genug; sie ist jedoch tendenziell nicht anders bei wissenschafts- und technologiepolitischen Veröffentlichungen der Europäischen Kommission. In dem umfangreichen Bericht der EU-Kommission über Wissenschafts- und Technologieindikatoren 1997 befinden sich ausschließlich englischsprachige Quellen. Der ironischerweise ausdrücklich der „Europäisierung“ der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung („*Europeanisation of economic research*“) in den Ländern der Europäischen Union gewidmete Untersuchungsbericht der Europäischen Kommission vom Jahre 1997 enthält insgesamt 448 Titel, darunter lediglich vier aus dem deutschen Sprachraum.

Diese Auflistung ließe sich beliebig durch Veröffentlichungen auch aller internationalen Regierungsorganisationen fortsetzen.

Dasselbe gilt für die Fachzeitschriften, die sich mit wissenschafts- und technologiepolitischen Themen beschäftigen.

Nun ist es leider nicht so, daß die deutsche Wissenschaftsgemeinschaft allein in der *globalen* Zusammenarbeit nicht adäquat mitwirkt. Dasselbe läßt sich auch für das Engagement der deutschen ‚scientific and technological community‘ in der *regionalen Zusammenarbeit* innerhalb der europäischen Strukturen sagen. Einige Beispiele mögen diese Aussage veranschaulichen:

- Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich am EU-Haushalt mit 27,1%. Am 4. Rahmenprogramm für Forschung der EU (1994-1998), welches mit rund 14 Mrd. ECU ausgestattet war, waren deutsche Forscher mit insgesamt 24.320 FTE-Aktivitäten unterdurchschnittlich im Vergleich mit dem deutschen EU-Beitrag beteiligt. An zweiter Stelle – und prozentual fast doppelt so hoch wie der britische EU-Beitrag von 13,9% lag Großbritannien mit 23.535 bzw. 25,5% der FTE-Tätigkeiten, gefolgt von Frankreich (EU-Beitrag (16,0%) mit 21.398 bzw. 23,2% der FTE-Tätigkeiten und von Italien (EU-Beitrag: 12,7%) mit 16.569 bzw. 18,0% der Aktivitäten. Die EU-Kommission spezifiziert bedauerlicherweise nicht die an die einzelnen Länder erfolgten Zahlungen innerhalb der gemeinschaftlichen Forschungsaktivitäten innerhalb des Rahmenprogramms sondern beschränkt sich auf die ländermäßige Aufzählung von Forschungs-, ‚Links‘, d.h. die Anzahl aus dem EU-Rahmenprogramm kofinanzierter und partnerschaftlich durchgeführter Forschungstätigkeiten.
- An dem akkumulierten COST-Programm der EU liegt an erster Stelle Frankreich mit 1.997 Aktivitäten, gefolgt von Italien (1.960), Großbritannien (1.947), Belgien (1.919) und erst an fünfter Stelle Deutschland (1.892).
- An dem EUREKA-Programm liegt Deutschland mit 471 laufenden Aktivitäten an zweiter Stelle nach Frankreich mit 545 Aktivitäten und vor Großbritannien mit 331 Aktivitäten.
- An den 380 *EU Information Society Promotion Actions* (Stand 31.10.97) liegt Deutschland mit 25 ‚Aktionen‘ hinter Frankreich (48), Finnland (41), Niederlande (38), Italien (34), Spanien (29), Schweden (27), Griechenland (25) an 7. Stelle vor Österreich (23).
- Am CERN-Budget in Genf ist Deutschland mit 23,17% (DM 234,2 Mio.) beteiligt. Mit Abstand an erster Stelle der Nutzer liegt jedoch Italien (1.294 Forschungsaktivitäten), welches mit 14,37% an den Kosten beteiligt ist, gefolgt von Deutschland (891) und – fast gleichauf - von Frankreich (890), welches mit 18,25% an den Kosten beteiligt ist.

Nicht nur die deutsche Wissenschaft, sondern auch die deutsche forschungsintensive Industrie scheint an einer interdisziplinären multilateralen Zusammenarbeit in Europa weniger Neigung zu zeigen als andere europäische Länder. An der Mitwirkung deutscher

Unternehmen in der 1966 unter Schirmherrschaft der OECD u.a. zur Schließung der ‚technologischen Lücke‘ mit den USA gegründeten *European Industrial Research Management Association (EIRMA)*, Paris, läßt sich dies illustrieren. Obwohl Deutschland mit Abstand als größtes Industrieland Europas auch die höchsten Aufwendungen für industrielle Forschung und Entwicklung macht und den höchsten Patentanteil auf sich vereinigt, ist der Anteil der deutschen Industrie mit 16 Mitgliedsfirmen weniger als halb so groß als die Anzahl französischer Unternehmen und zweieinhalbmal kleiner als die Anzahl der britischen Unternehmen. Zur EIRMA, in deren Rahmen durch interdisziplinäre Arbeitsgruppen, durch Konferenzen und Veröffentlichungen ein ständiger Erfahrungsaustausch über die Methoden und die sich wandelnden Prioritäten im Management der industriellen Forschung und Entwicklung erfolgt, zählen mehr als 170 forschungsintensive Industriefirmen aus über 20 europäischen Ländern, auf die der größte Teil der europäischen industriellen Forschung und Entwicklung entfällt. Der Autor war von 1969-1974 EIRMA-Generalsekretär.

Die EIRMA hatte seit ihrer Gründung im Jahre 1966 16 turnusmäßig wechselnde Präsidenten, davon 4 aus Frankreich, jeweils zwei Präsidenten aus Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und Italien; jeweils einen Präsidenten aus Dänemark, Finnland und Belgien. Einziger deutscher EIRMA-Präsident war von 1981-1983 *Bernhard Schmidt (Dornier)*. Das relativ geringe Interesse der deutschen forschungsintensiven Industrie an einer auf ausgewogener Partnerschaft im Erfahrungsaustausch aufgebauten Mitwirkung im EIRMA-Rahmen ist womöglich durch eine hierarchische Besonderheit der deutschen Großindustrie zu erklären: In Deutschland ist im Gegensatz zu den Forschungsstrukturen der meisten anderen europäischen Länder der für Forschung und Entwicklung Verantwortliche Mitglied des Vorstandes und bekleidet hiermit in der industriellen ‚Hackordnung‘ einen hervorgehobeneren Position als seine Kollegen in anderen Ländern.

FAZIT

Schwierigkeiten, Gemeinsamkeiten/Unterschiede Reg/NGO/Industrie

In einer deutschen ‚Wissenschaftsaußenpolitik‘ wie sie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, *Wolf-Michael Catenhusen*, bei der Berliner VDW-Tagung gefordert hat, sollte nicht die deutsche Personalpolitik gegenüber internationalen Regierungs- (IGO's) und Nichtregierungsorganisationen (NGO's) eine zentrale Rolle spielen. Genau so wichtig ist die Einbeziehung deutscher Wissenschaftler bzw. Wissenschaftlerinnen als Experten in beratende Funktionen und in die Vielzahl von Beiräten und Expertenausschüssen des internationalen Regierungssystems.

Hierzu würde auch gehören, daß die Bundesregierung über ihre diplomatischen Vertretungen darüber wacht, daß die Veröffentlichungen der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft, die sich schließlich mit denselben globalen Fragestellungen beschäftigt wie dies die internationalen Regierungs- und Finanzorganisationen tun, gebührend Eingang finden in die Veröffentlichungen dieser im globalen Rahmen meinungsbildenden Einrichtungen. Sicherlich läßt sich dies durch die Vertreter der deutschen Botschaften nicht erzwingen, durch geeignete Demarchen gegenüber dem Generalsekretär der jeweiligen Organisation kann jedoch die Aufmerksamkeit auf dies Problem in pragmatischer Weise gelenkt werden.

Ähnliches gilt spiegelbildlich für die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen. Sie sind es, die kraft ihres Mandats, ihres Prestiges und kraft der ihnen vorliegenden Transparenz über die Bildung und Zusammensetzung internationaler Ausschüsse - beispielsweise im ICSU-Rahmen - in der Lage wären, nicht nur im Interesse des Landes

sondern auch im Interesse der Sache dafür zu sorgen, daß deutsche Wissenschaftler und Ingenieure zahlreicher und sichtbarer in den weltweit operierenden wissenschaftlichen und technischen Nichtregierungsorganisationen mitwirken.

Einer der wenigen deutschen Spitzenwissenschaftler, der an prominenter Stelle jahrelang eine hervorgehobene Führungsposition in einem internationalen wissenschaftlichen Gremium bekleidet hat, erklärte aus seiner Erfahrung das unverhältnismäßig geringe deutsche Engagement sich in der meist ehrenamtlichen internationalen wissenschaftlichen Selbstverwaltung zu engagieren bzw. auf der anderen Seite, die geringere Akzeptanz, deutsche Wissenschaftler im Wettbewerb mit anderen Wissenschaftlern als Spitzenvertreter internationaler Gremien zu wählen, mit drei Gründen:

1. Ihre häufig (echte oder vermeintliche) geringere Sprachkenntnis des Englischen als Arbeitssprache,
2. Die auch im Jahre 1999 immer noch unterschwellig vorhandene Ablehnung Deutscher in internationalen Gremien
3. Die bei deutschen Wissenschaftlern im Gegensatz etwa zu den Angelsachsen oder Franzosen geringer ausgeprägte Neigung, sich im oft zeitraubenden internationalen Wissenschaftsmanagement zu engagieren.

Klaus Gottstein, einer der wenigen internationalen deutschen „Wissenschaftsaußenpolitiker“, hat bei der Berliner Tagung zu Recht darauf hingewiesen, daß man nur in persönlicher Kenntnis der Spielregeln der internationalen Zusammenarbeit und ihrer zahlreichen Organisationen inhaltliche wissenschaftliche oder politische Positionen wirksam umsetzen kann.

Vielleicht finden sich in der VDW genügend an diesem Thema Interessierte, die sich in einer ständigen Arbeitsgruppe zusammenfinden, um durch einen kritischen ‚Monitoring‘-Prozeß der multilateralen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Behandlung von Weltproblemen, dessen Ergebnisse auf einer zu schaffenden VDW-Webseite auf den neuesten Stand gebracht werden können, einen Beitrag zur Internationalisierung der Denkweisen zu leisten. Eine derartige VDW-Initiative könnte gewiß auch nützlich sein für die Heranführung der Studierenden an den deutschen Universitäten an die Themenstellungen und Arbeitsweisen der globalen Zusammenarbeit.

Die VDW sollte ebenfalls ihre Stimme erheben, um zu unterstützen, daß das Thema Wissenschafts- und Technologiepolitik Teil des Curriculums möglichst vieler Hochschulen wird. Deutschland ist das einzige größere Industrieland, welches im universitären Rahmen in Forschung und Lehre interdisziplinäre Themenstellungen wie *Wissenschafts- und Technologiepolitik, Forschungsmanagement*

Die Budapester Konferenz hat den Vorschlag gemacht, ein Internationales Zentrum für den ständigen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft einzurichten. Großbritannien hat diesen Vorschlag aufgenommen und wird hierzu auf dem Gelände des Londoner Wissenschaftsmuseums und des *Imperial College* mit finanzieller Unterstützung des Wellcome Trust und der Wolfson Stiftung unter Einbeziehung der UNESCO eine solche Einrichtung schaffen. Vielleicht läßt sich Ähnliches auch in Deutschland verwirklichen.